

Inserate werden angenommen in Polen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Ar. 47

Mittwoch, 20. Januar.

1892

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) 151. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Verathung des Entwurfes betr. die Ausdehnung der vertragsmäßigen ermäßigten Zollsätze auf das am 1. Februar 1892 in Transitlagern befindliche Getreide.

traurige Lage gebracht worden sind. Vier Minister haben sich in die dortigen Provinzen begeben, um sich den Zustand anzusehen. Nun, wir werden uns ja beim preussischen Etat darüber unterhalten, was für Wohlthaten daraus für das Land entsprungen sind.

Spekulation dem Gesetzentwurf zustimmen will, begreife ich nicht vor Allem aber bitte ich, in der Kommission die von mir berührten Interessen mehr zu berücksichtigen. (Beifall im Centrum.) Abg. Frhr. v. Münch (wild Volks.): Ich stehe sich dem Vorredner voll und ganz an, indem er für Süddeutschland genau dieselben Gründe geltend macht.

nach dem Weltmarktpreis plus den Zoll für Getreide aus einem Nichtvertragsstaat. Der Vortheil aus den ermäßigten Getreidezöllen wird dann nicht dem Konsum zu Theil, sondern dem Großhandel. Wenn wir nun in Bezug auf unsern Bedarf nicht auf ein bestimmtes Land angewiesen sind, sondern unsern Gesamtbedarf befriedigen können aus Ländern, die günstiger gestellt sind, durch die Zölle, so würden die nachtheiligen Wirkungen, der differentiellen Zollbehandlung ja allgemein nicht eintreten. Dann aber würde eine nachtheilige Wirkung für diejenigen Landesheile eintreten, die geographisch am nächsten liegen dem Lande, welches den hohen Zoll bezahlen muß. Dazu habe ich noch den Wunsch, daß diese Verallgemeinerung gesetzlich festgelegt wird. Wir haben jetzt Zollsätze, die allgemein gelten, aber nicht gesetzlich fixirt sind. Die Tarifermäßigungen, die in dem früheren spanischen, italienischen, schweizerischen Handelsvertrag zugefunden sind, sind nicht durch das Zolltarifgesetz selbst fixirt. Sie sind thatsächlich ausgeübt worden auf alle Bezugsquellen, aber nicht auf Grund eines Gesetzes. Die Folge ist, daß daß in dem Augenblick, wo ein Tarifvertrag mit einem Lande abzuläuft, mit demselben Tage wieder der allgemeine gesetzliche Tarif von 1879 eintritt. Das geschieht ganz plötzlich, ohne daß der Handel sich darauf einrichten kann, ohne daß er durch vorhergehende parlamentarische Verhandlungen oder durch eine Frist, wie sie sonst bei Zolltarifen Platz greift, darauf sich einrichten kann. Wenn die Zollsätze auch verallgemeinert, aber nicht gesetzlich festgelegt werden, so ist die Handhabung Seitens der Zollverwaltung eine durchaus unsichere. Die Regierung kann immer Ursprungszeugnisse verlangen. Sie hat es früher nicht gethan, aber rechtlich ist sie dazu ermächtigt. Dadurch, daß so viel in das diskretionäre Ermessen der Verwaltung gelegt ist, entsteht eine Unsicherheit im Handelsverkehr, die dem Handelsstande nachtheilig ist. Es ist von großem Interesse, daß man gesichert ist in Bezug auf die Handhabung des Zolltarifs und auf seine Dauer. In der letzten Zeit bin ich mit Anfragen überschüttet worden aus Interessentkreisen, was zum 1. Februar wohl werden wird. Diese Unsicherheit ist eine unsichere Grundlage des Handels und wenn man über unsoliden Handel klagt, so muß man erst beseitigen, was die soliden Grundlagen dem Handel benimmt. Die Nothwendigkeit, daß die vertragsmäßigen Zölle allgemein werden für alle Staaten, wird sich aufdrängen. Aber bis diese Konsequenzen sich ihre Geltung erzwingen haben werden, können manche Störungen des Handels vorkommen. Deshalb möchte ich wünschen, daß die Vertragsverhandlungen der Regierung solchen Fortgang nehmen, daß die Regierung in den Stand gesetzt wird, ähnlich wie beim Abschluß von Verträgen in den 60er und 70er Jahren gesetzlich für alle Grenzen die Zölle zu fixiren. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion, und die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Darauf wird die Verathung des Postetats beim Extraordinarium fortgesetzt.

Tit. 1-26 werden nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Bei Tit. 27 (Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Altona) bemängelt

Abg. Münch (br.) den Luxus der Postbauten, die durch den jedesmaligen Thurmaufbau das Aussehen von Kapellen erhielten. Man hat nicht die Sparjamkeit obwalten lassen, welche am Platze wäre. Ein Postbeamter, welcher Dienstwohnung erhielt, wußte nicht, was er damit anfangen sollte, denn er hatte gar nicht so viel Möbel, als die Räume faßten. Es würde oft viel sparsamer gewirkt werden, wenn der Staat Gebäude erwerben würde, die von Privatunternehmern gebaut sind. Wenn man nicht Geld hat für Aufbesserung der Beamtengehälter, so soll man auch nicht Luxusbauten errichten.

Staatssekretär v. Stephan erwidert, daß man sich bereits vor 15 Jahren in der Budgetkommission davon überzeugt habe, daß es nicht zweckmäßig sei, von Privaten Gebäude zu erwerben oder zu mieten. Budgetkommission und Reichstag hätten sich in dieser Beziehung immer auf den Standpunkt der Postverwaltung gestellt. Ueber zu große Wohnung hätte sich bei ihm noch niemals ein Postdirektor beklagt.

Der Titel wird bewilligt.

Titel 33: „Zu einem Um- und Erweiterungsbau auf den Postgrundstücken in Elberfeld, erste Rate 80000 Mark“ wird nach dem Kommissionsantrage gestrichen, nachdem Abg. Schmidt-Elberfeld (br.) seine Hoffnung auf Einstellung der Postition in den Etat des nächsten Jahres ausgesprochen.

Ebenso werden die Titel: Zur Vergrößerung des Postamtsgrundstückes in Danzig 218 000 M., zur Erwerbung eines Bauplatzes in Forst (Sausitz) 130 000 M. und zur Erwerbung eines Grundstückes in Warmbrunn 1 000 000 M., nach dem Kommissionsantrage gestrichen. Ebenso werden von der Postition für ein Dienstgebäude in Kolmar, zweite Rate 20 000 M., für ein Dienstgebäude in Marienburg 10 000 M. gestrichen.

Die Einnahmen werden sodann bewilligt.

Damit ist die zweite Verathung des Postetats erledigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Initiativanträge, darunter der Antrag Nidert, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens).

Schluß 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Berichtigung.** In dem gestrigen Bericht ist in der Rede des Abg. Wislich mißverständlich an einer Stelle die von demselben gegebene Anregung auf Ermäßigung der Telegrammgebühren speziell auf Zeitungstelegramme bezogen worden; wie sich auch aus dem übrigen Theil der Rede ergibt, war eine allgemeine Herabsetzung der Gebühren ins Auge gefaßt.

## Deutschland.

□ **Berlin, 19. Jan.** Hat Dr. Miquel im Staatsministerium gegen das Volksschulgesetz gestimmt oder nicht? Bekanntlich ist von Personen, deren Zusammenhang mit dem Finanzminister behauptet wird, versichert worden, daß Herr Miquel einer der beiden Gegner der Vorlage gewesen sei. Heute kommt nun aber die „Kreuztg.“ und erklärt sehr bestimmt, der Finanzminister habe keineswegs gegen das Volksschulgesetz sondern dafür votirt. Wenn die „Kreuztg.“ das sagt, so braucht es freilich noch nicht wahr zu sein. Das Blatt hat offenbar ein Interesse daran, das den Konservativen so angenehme Volksschulgesetz unter Schutz und Schirm eines liberalen Ministers zu bringen. Während die „Kreuztg.“ sonst wiederholt sehr heftige Angriffe gerade gegen den Finanzminister geschleudert hat, behandelt sie ihn jetzt plötzlich mit zarterer Rücksicht. Sie rühmt von ihm, daß er sich stets „durch eine politisch sachgemäße Beurtheilung kirchlicher Verhältnisse von seinen Parteigenossen vortheilhaft unterscheiden habe“. Das ist richtig, was die eigentliche Kirchenpolitik, besonders die Waage, anlangt. Aber bis dahin hat doch noch Keiner dem Finanzminister eine Begünstigung orthodoxer und kirchlicher Ansprüche auf die Herrschaft über die Volksschule nachgesagt. Jedenfalls wäre es hohe Zeit, daß über die wahre Stellung des Herrn Miquel zu dieser Vorlage volle Auf-

klärung kommt. Es handelt sich dabei nicht um die Befriedigung einer im übrigen gar nicht einmal unberechtigten Neugier, sondern es handelt sich um fernere Dinge. Nach der politischen Vergangenheit Miquels braucht man das nicht weiter auszuführen. Wunderliche Künste werden, nebenbei bemerkt, von den Offiziösen angewandt, um Verwirrung in die nationalliberalen Reihen zu tragen. So erfindet ein offiziöser Korrespondent die Behauptung, daß ein Theil der Nationalliberalen in den am meisten und lebhaftesten angefochtenen Punkten der Vorlage „eine loyale Ausführung der in der Verfassungsurkunde gegebenen Grundzüge über den konfessionellen Charakter der Volksschule“ erblicke. An diese durch nichts begründete Behauptung schließt sich eine Warnung, von der man sich wahrscheinlich einen ganz besonderen Eindruck verspricht. Es wird gesagt: „Folgen die Nationalliberalen ihrem ersten Gefühl und treten sie von vornherein in scharfe Opposition gegen den Entwurf, so erscheint ihre Majorisirung durch eine kirikal-konservative Vereinigung unausbleiblich.“ Also, nur um von der konservativ-kirchlichen Mehrheit nicht überstimmt zu werden, sollen die Nationalliberalen ebenfalls für die Vorlage stimmen! Mit solchen mehr als fadensteinigen taktischen Künsteleien mochte unter dem früheren System hier und da operirt werden können; wir hoffen, daß der Liebe Müß' diesmal und gegenüber einem Gesetz wie dies Jedlichsche vorgeblich sein wird. — Vom Plan der Errichtung einer katholischen Universität in Fulda ist wieder einmal die Rede. In Zeit und Umständen, wie sie durch die Volksschulvorlage bestimmt werden, würde ein solches Unternehmen ja ausgezeichnet hineinpassen. Angeblich sind schon beträchtliche Summen bereit und die preußischen Bischöfe sollen mit bestimmten Vorschlägen kommen wollen. Die Sache erscheint noch etwas nebelhaft, aber es schadet gewiß nichts, wenn man bei Zeiten auf der Huth ist. Jedenfalls ist das stärkere Hervortreten der kirchlichen Wünsche und ihre Zuspitzung zu so hochfliegenden Zielen charakteristisch für den Geist, der jetzt im Zentrum herrscht.

— In parlamentarischen Kreisen zieht man aus Bemerkungen, welche bei dem Empfang der Präsidenten beider Häuser des Landtags gefallen sind, den Schluß, daß auch an maßgebender Stelle das Zustandekommen des Volksschulgesetzes auf Grund eines Ausgleichs der bestehenden Gegensätze für möglich erachtet wird.

— Der „Volkstg.“ zufolge sollen Minister v. Bötticher und Thielen diejenigen gewesen sein, welche im Staatsministerium gegen das Volksschulgesetz gestimmt haben.

— Unter dem Vorsitz des Handelsministers v. Berlepsch waren am Sonnabend Interessenten an der Ausführung nach Spanien zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern vereinigt. Die Anwesenden genannen den Eindruck, daß ein Ausgleich noch keineswegs als ausgeschlossen zu betrachten ist, wenn Spanien entgegenkommen zeigt.

— Die einheitliche deutsche Militärgerichtsbarkeit ist, wie der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird, vorläufig wieder bei Seite gelegt worden, da es nicht gelungen ist, einen Ausgleich zwischen den gegensätzlichen, in Nord und Süd bestehenden Anschauungen herbeizuführen.

**Gildesheim, 19. Jan.** Zur jüngsten Reichstagsersatzwahl hielten die Nationalliberalen, daß die Sozialdemokraten trotz des offiziellen Beschlusses der Stimmenthaltung, bei der Stichwahl unter der Hand für die Wahl des Zentrumskandidaten gewirkt haben und daß die Zentrumspartei die Agitationskosten hierfür gespendet habe. Thatsächlich seien beispielsweise in Salzfurt am 18. Dezember vier Zentrumsstimmen und 66 sozialdemokratische, bei Stichwahl aber 70 Zentrumsstimmen abgegeben worden.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Die Anwesenheit des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Herrn Thielen, der gleichzeitig Chef der Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen ist, in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags bei der Verathung der Verwaltung der elsass-lothringischen Eisenbahnen, gab dem Referenten, Abg. Hammacher Anlaß, auf die Frage der Ermäßigung der Eisenbahntarife näher einzugehen. Die Mittheilungen, welche Minister Thielen über die bezüglichen Absichten der Regierung gemacht hat, bestätigten in der Hauptsache, daß zur Zeit schon aus finanziellen Rücksichten von weitgehenden Projekten nicht die Rede ist. Herr Thielen ging aber darüber hinaus, indem er sich grundsätzlich gegen die Einführung von Zonen-tarifen erklärte; die Erleichterungen des Fernverkehrs, welche dadurch herbeigeführt werden sollen, seien um so bedenklicher, als gerade der Fernverkehr der Verwaltung die größten finanziellen Aufwendungen auferlege. Gleichwohl hält der Minister Ermäßigungen der Tarife auch für den Fernverkehr nicht ausgeschlossen. Er hielt es aber für angezeigt, zunächst Erleichterungen im Nahverkehr herbeizuführen, wie das veruchsweise schon für den Berliner Vorortverkehr geschehen ist. Falls der Versuch gelinge, seien Maßregeln auch für den Nahverkehr größerer Städte in Aussicht genommen. Daß in dieser Hinsicht auch in Elsaß-Lothringen vorgegangen werden könne, bezweifelte der Minister, da in der Umgebung der beiden größeren Städte Straßburg und Metz, die gleichzeitig Festungen sind, ähnliche Verhältnisse nicht vorhanden seien. Den Gedanken, die elsass-lothringischen Eisenbahnen gewissermaßen als Versuchssubjekt für Tarifreformen zu benutzen, lehnte Herr Thielen mit dem Bemerkung ab, daß durch solche Versuche die Eisenbahnen der Nachbarstaaten, namentlich Badens zu sehr in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Ermäßigung der Kohlentarife, die Ausdehnung der Nothofftarife auf Kohlen, die schon im Herbst v. Js. hätte in Kraft treten sollen, steht auch jetzt noch nicht in Aussicht. Der Minister schen anzuwenden, daß zunächst eine geringere Ermäßigung, als die damals beabsichtigte, in Frage kommen könne. Nach alledem sind die Aussichten für Tarifreformen zur Zeit sehr wenig günstige. Abg. Schrader zog aus den letzten Erfahrungen den Schluß, daß solange das Staatsbahnsystem besteht, Reformen im großen Stil stets an den finanziellen Bedenken scheitern würden; was den Abg. Hammacher veranlaßte, seinem Bekannten darüber Ausdruck zu geben, daß der Abg. Schrader unterlassen habe, die Entlastung der preußischen Bahnen in Anregung zu bringen. Abg. Schrader entgegnete, er gehöre zu denjenigen, die unter der Verstaatlichung gelitten hätten; er habe i. B. die Verstaatlichung nicht hindern können. Die Aufgabe, die durch die Verstaatlichung herbeigeführten Mißstände zu

beseitigen, müsse denjenigen überlassen bleiben, die die Verantwortlichkeit für die Verstaatlichung zu tragen hätten.

## Entwurf eines Volksschulgesetzes.

(Fortsetzung.)

### Dritter Abschnitt.

Verwaltung der Volksschulangelegenheiten. Schulbehörden.

§ 51. Die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde (Gutsbezirk, Schulverband) zu und erfolgt nach den Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze, in Schulverbänden vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes nach den für kommunale nachbarliche Verbände gegebenen Vorschriften.

§ 52. In denjenigen Provinzen, in welchen für die Verwaltung und Beaufsichtigung von kommunal-nachbarlichen Verbänden besondere Vorschriften bestehen, finden in gleicher Weise bis auf Weiteres die Vorschriften des vierten und fünften Titels der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 (Gesetzbl. S. 233) entsprechende Anwendung.

§ 53. Findet im Gutsbezirk eine Untertheilung der Volksschullasten statt, so wird zur Verwaltung der Schulangelegenheiten ein besonderer Schulausschuß eingesetzt, welcher aus dem Gutsvorsteher oder dessen Stellvertreter und aus den von den Schullastpflichtigen gewählten Mitgliedern besteht. Die Zusammenfassung des Schulausschusses, die Stimmrechte seiner Mitglieder und die Art der Wahl derselben werden durch ein vom Kreis-ausschuß zu bestätigendes beziehungsweise festzusetzendes Statut geregelt. In Betreff der Verpflichtung zur Uebernahme des Amtes und in Betreff der Enthebung im Wege des Disziplinarverfahrens gelten die für unbesoldete Gemeindebeamte bestehenden gesetzlichen Vorschriften.

§ 54. Die Aufsicht über die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule wird vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes unter Oberleitung des Unterrichtsministers von den Regierungspräsidenten und den Landräthen nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze geübt.

§ 55. Für die Aufsicht über die Verwaltung des Schulstiftungsvermögens (§§ 41, 43, 44) finden, unbeschadet der für die Verwaltung der kirchlichen Organe bestehenden Aufsicht, die Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze sinngemäße Anwendung.

§ 56. Die Leitung und Beaufsichtigung der inneren Volksschulangelegenheiten wird unter Oberleitung des Unterrichtsministers von dem Regierungspräsidenten geübt, sofern in diesem Gesetz nicht anderweitige Vorschriften getroffen sind.

§ 57. Für den Stadtkreis Berlin tritt das Provinzialschulkollegium an die Stelle des Regierungspräsidenten.

§ 58. Die Ordnung der Verhältnisse in den Grafschaften Wernigerode und Stolberg wird durch königliche Verordnung bestimmt.

§ 59. Der Regierungspräsident (Provinzialschulkollegium in Berlin) kann sich zur Durchführung seiner Anordnungen der einfacheren und verstärkten Kreis- (Stadt-) Schulbehörden, der Landräthe und Schulaufsichtsbeamten bedienen, dieselben mit Anweisung versehen, auch ihnen innerhalb ihres Geschäftskreises einzelne Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen. Gegen die Anordnungen derselben findet vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt.

§ 60. In jedem Landkreis wird für die Schulen auf dem Lande eine Kreis-schulbehörde gebildet. Gehören Schulverbände mehreren Kreisen, Regierungsbezirken oder Provinzen an, so wird die Zuständigkeit durch den Regierungspräsidenten beziehungsweise Oberpräsidenten oder Unterrichtsminister bestimmt.

§ 61. Die Kreis-schulbehörde besteht aus dem Landrath und dem zuständigen Kreis-schulinspektor. In denjenigen Fällen, in welchen das Gesetz die Beschlußnahme der verstärkten Kreis-schulbehörde überträgt (§§ 19, 21, 33, 147) treten diesen Beamten die gewählten Mitglieder des Kreis-ausschusses mit beschließender Stimme hinzu.

§ 62. Die Kreis-schulbehörde ist zur Mitwirkung an der Beaufsichtigung der Volksschulangelegenheiten nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes berufen.

§ 63. Für die Beschlußfähigkeit der verstärkten Kreis-schulbehörde genügt die Anwesenheit eines ständigen und zweier zutretender Mitglieder. Nehmen die beiden ständigen Mitglieder an der Beschlußfassung Theil, so müssen mindestens drei zutretende Mitglieder anwesend sein. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Anwesenheit einer geraden Zahl von Mitgliedern nimmt das dem Lebensalter nach jüngste zutretende Mitglied an der Abstimmung keinen Antheil.

§ 64. Bei Anwesenheit des Landraths führt dieser den Vorsitz. Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei den Kreis-schulbehörden durch ein vom Unterrichtsminister zu erlassendes Regulative geordnet. Dem Landrath liegt hauptsächlich die Erledigung der äußeren Angelegenheiten und die Versorgung der Bureaugeschäfte ob, dem Schulaufsichtsbeamten die Ueberwachung des inneren Dienstbetriebes der Volksschulen.

§ 65. In jeder Stadt wird eine Stadtschulbehörde gebildet. Die Zuständigkeit der Stadtschulbehörde erstreckt sich auch auf die Schulen der etwa mit der Stadt zu einem Verbande vereinigten Landgemeinden (Gutsbezirke).

§ 66. Die Stadtschulbehörde besteht aus dem Bürgermeister und dem betheiligten Kreis-schulinspektor. In denjenigen Fällen, in welchen dieses Gesetz die Beschlußnahme der verstärkten Stadtschulbehörde überträgt (§§ 6, 19, 21, 33), treten diesen Beamten zwei von der Stadtverordnetenversammlung auf sechs Jahre gewählte Mitglieder dieser Versammlung und ein von dem Bürgermeister ernanntes weiteres Mitglied des Magistrats mit beschließender Stimme hinzu. In denjenigen Städten, in denen ein kollegialischer Gemeinde-Vorstand nicht besteht, wird das ernannte Mitglied aus der Zahl der Schöffen oder der Beigeordneten entnommen. Den Stadtgemeinden, die einen besonderen Stadtkreis bilden, bleibt überlassen, die Zahl der gewählten und ernannten Mitglieder in gleichem Verhältnisse bis auf das Dreifache zu erhöhen. Sind Landgemeinden (Gutsbezirke) mit einer Stadt zu einem Verbande vereinigt, so treten die Vorsteher derselben der verstärkten Stadtschulbehörde hinzu.

§ 67. Auf die Stadtschulbehörde finden die Vorschriften der §§ 62 bis 64 entsprechende Anwendung.

§ 68. Für jede einzelne Schule wird ein besonderer Schulvorstand eingesetzt. Der Schulvorstand hat die Interessen der Schule wahrzunehmen und den Gemeinde- und Schulbehörden helfend und beratend zur Seite zu stehen. (Fortsetzung folgt.)

## lokales.

**Wien, den 20. Januar.**

\* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Schrimm vom 19. Januar: Gestern 1,46 Meter, heute 1,87 Meter. Eisstopfung.

d. Die gegenwärtige volkfreundliche Strömung erweckt bei manchen Polen recht weitgehende Hoffnungen. Diefen Hoffnungen glebt der „Goniec Wiek.", welcher nicht gewohnt ist,

mit seinen Ansichten und Wünschen hinter dem Berge zu halten, in einem leichten Begründungsartikeln für den Erzbischof in folgender Weise Ausdrück: „Wir wünschen unserem Erzbischof nicht, daß er mit der Regierung irgend welche Händel haben möge; im Gegentheil wünschen wir ihm diejenigen Konzessionen, welche notwendig sind und jetzt, wo sich gezeigt hat, daß die Regierung des eisenen Kanzlers uns Polen nur zum Besten gereicht hat, erfolgen müssen. Wir erwarten zuversichtlich Konzessionen, denn vom Jahre 1887 bis zurück zum Jahre 1857 reichen unsere Niederlagen; es gebührt uns also auch eine lange Reihe von Erleichterungen. Und was soll man erst sagen vom Jahre 1815, das wir nicht vergessen werden! Es wird uns demnach gestattet sein, uns mit Vertrauen sicheren Hoffnungen hinzugeben, denn die Sympathien der polnischen Nation werden bald eine theure Waare sein. Fortschritt, Wachstum, immer für die nationale Würde bestrebt und eifersüchtig, wünschen wir dem Erzbischof allseitige Triumphe, sicher, daß, wenn was Gott verhüte, sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, er nicht schwanken werde — selbst vor den Thoren Ostrows.“ Damit sind natürlich die Thore des Gerichts-Gefängnisses in Ostrowo gemeint, in welchem der frühere Erzbischof Graf Ledochowski beinahe zwei Jahre Gefängnis wegen Vergehens gegen die Kirchengesetze verbüßt hat.

### Telegraphische Nachrichten.

**Röln, 19. Jan.** Der Leibarzt des Papstes Eccarelli erklärte, wie die „Röln. Volksztg.“ meldet, der Papst habe einen ganz leichten Influenza-Anfall. Nach einer etwas unruhigen Nacht sei heute Mittag gesunder Schlaf eingetreten. Bis jetzt sei keinerlei Gefahr vorhanden.

**Wien, 19. Jan.** [Abgeordnetenhaus.] Nachdem der Minoritäts-Antrag Klac betreffend den Handelsvertrag mit Italien mit 211 gegen 88 Stimmen abgelehnt war, wurde der Vertrag mit gleichem Stimmenverhältnisse angenommen.

**Wien, 19. Jan.** Das Abgeordnetenhaus nahm mit 254 gegen 42 Stimmen die Handelsverträge mit Deutschland, Belgien und der Schweiz, sowie die Viehseuchenkonvention und das Marken- und Musterschutz-Übereinkommen mit Deutschland an.

**Wien, 19. Jan.** Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Regierungsvorlage über den Bau der Bahn Stanislaw-Boronienka veranschlagt den Maximalbetrag der Kosten auf 9<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen Gulden und verfügt ein Übereinkommen mit der ungarischen Regierung behufs Fortsetzung der Strecke Maramaros-Zigeth. Für den Bau sind 2 Jahre in Aussicht genommen.

**Petersburg, 19. Jan.** Der Gouverneur von Tambow hat den sämtlichen Dorfgemeinden und Verwaltungen des Gouvernements durch Circular mitgeteilt, daß, obschon den Bauern keine Verpflegung seitens der Krone zustehe, jedem Nothleidenden gleichwohl monatlich 30 Pfund Brod leihweise gewährt werden sollen. Diese leihweise Verabreichung von Brod seitens der Landschaft soll jedoch nicht eher erfolgen, als bis ein Mitglied des Landschaftsamtes oder der Landkreiskasse die Liste der Nothleidenden an Ort und Stelle verifiziert hat.

Aus Wladimirof wird gemeldet: Von den im Dezember v. J. aus der dortigen Regierungskasse geraubten 350 000 Rubel wurden 256 000 Rubel in dem Quartier eines zur Ansiedelung dorthin Verschieden, Namens Poljakow, aufgefunden. Das Geld befand sich in alten Petroleum-Blechgefäßen, welche man zusammengestapelt und in der Gestalt eines russischen Ofens aufgestellt hatte.

**Bern, 19. Jan.** Der Bundesrath erklärt in einer Botschaft an die Bundesversammlung, die Handelsvertragsunterhandlungen mit Italien seien schwierig, aber er gebe die Hoffnung nicht auf, zum Ziel zu gelangen. Sollte am 12. Februar der Vertrag noch nicht abgeschlossen sein, so genügt die Befugnisse des Bundesraths, um jeder Eventualität zu begegnen. Er werde von denselben je nach der Sachlage Gebrauch machen. Werde der Vertrag aber unterzeichnet, so sollten dessen Vortheile dem Handel sofort zu Gute kommen.

**Bern, 19. Jan.** Der Bundesrath hat in der Bundesversammlung den Antrag eingebracht, ihn zu ermächtigen, in dem Falle, daß ein Handelsvertrag mit Italien vor der nächsten Session zu Stande kommen sollte, denselben unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit provisorisch in Kraft zu setzen.

**Rom, 19. Jan.** (Deputirtenkammer.) Das Haus genehmigte eine von Indelli beantragte Tagesordnung dahingehend, die Kammer billige die den Handelsverträgen zu Grunde liegenden Gedanken. Das Haus trat sodann in die Spezialdiskussion der Handelsverträge ein. Crispi beantragte ein Amendement, nach welchem die Dauer der Verträge auf 6 Jahre zu beschränken sei.

**Rom, 19. Jan.** (Deputirtenkammer.) Der Ministerpräsident di Rudini legte das Handelsübereinkommen mit Bulgarien vor. Hierauf wurde die Berathung über die Handelsverträge fortgesetzt. Prinetti entwickelte eine Tagesordnung, in welcher die Genehmigung der Handelsverträge auf nur sechs Jahre verlangt wird. Crispi brachte einen Nachtragsartikel ein, dahingehend, die Regierung zu ermächtigen, mittels Spezialprotokolle eine schiedsrichterliche Klausel zur Lösung aller Fragen zu vereinbaren, welche während der Ausführung der Handelsverträge austauschen könnten.

**Venedig, 19. Jan.** In der heutigen Sitzung der technischen Kommission der Sanitätskonferenz wurden die Systeme der Desinfektion der Schiffe beraten und ein vollständiges Einvernehmen in dieser Frage erzielt.

**Nabenna, 19. Jan.** Um 3 Uhr Morgens platzte in der letzten Nacht vor einem Privathause eine Bombe. Eine andere Bombe wurde gegenüber dem Divisionskommando-Gebäude gefunden. Schaden wurde nicht verursacht.

**Paris, 19. Jan.** Der Gemeinderath bewilligte mit 54 gegen 15 Stimmen im Prinzip die Aufnahme einer Anleihe von 120 Millionen Franks für Straßenbauten.

**Paris, 19. Jan.** (Deputirtenkammer.) Lessenne und Laur (Boulangisten) verlangen die Regierung wegen der vom „Intransigant“ gegen ein Mitglied des Kabinetts vorgebrachten Beschuldigungen zu interpellieren. (Lebhafte Bewegung.) Freycinet spricht sich gegen eine solche Diskussion aus, mit welcher man nur die Regierung diskreditiren wolle. Mehrere Deputirte beantragen die Vorfrage. Laur protestirt gegen dieselbe, indem er hervorhebt, wenn dieselbe angenommen würde, so werde man wissen, daß die Kammer einen Minister schütze, der schon seit langem von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt sei. Der Minister des Innern Constans hierüber erbittert, stürzt nach diesen Worten in größter Erregung zur Tribüne; an der unteren Stufe trifft er mit Laur zusammen und schlägt diesem ins Gesicht. Die Linke applaudirt lebhaft. (Allseitige Bewegung.) Laur wird alsbald von seinen Freunden umgeben und auf seinen Platz zurückgeführt. Minister Constans wird lebhaft apostrophirt.

Da es dem Präsidenten Floquet nicht gelang, den Tumult zu beschwichtigen, hob er die Sitzung auf. Laur wurde beim Verlassen des Saales ausgezischt. Obwohl das Bureau der Kammer sich entfernt hatte, blieben die Deputirten in dem Saale. In dem andauernden Tumult schlug der Republikaner Delpech dem Boulangisten Castelin ins Gesicht.

**Marseille, 19. Jan.** Der von der Westküste Afrikas eingegangene Postdampfer berichtet, die Dahomeer hätten, etwa 2000 Mann stark, am 30. v. Mts. Kotonu angegriffen, seien aber nach dreistündigem Kampfe geflohen. Auf Seiten der Franzosen seien 3 Mann getödtet und 10 Mann der Hilfstuppen verwundet worden; die Dahomeer hätten ca. 250 Tödtet auf dem Schlachtfelde zurückgelassen. Eine anderweite Bestätigung dieser Nachrichten liegt nicht vor.

**Brüssel, 19. Jan.** (Deputirtenkammer.) Die Regierung brachte heute eine Vorlage betreffend die Einleitung von Handelsvertragsverhandlungen ein. Der Gesetzentwurf ermächtigt die Regierung, mit denjenigen Staaten, deren Handelsverträge mit Belgien ablaufen, in Unterhandlungen einzutreten. Als Vorbedingung für die Anknüpfung von Verhandlungen wird die Forderung hingestellt, daß die gedachten Staaten Belgien die niedrigsten Tarife bewilligen. In der Vorlage wird ferner erklärt, der französisch-minimalistische bilde keine annehmbare Grundlage für solche Verhandlungen.

**Berlin, 20. Jan.** In dem Nordprozeß Prager ist der Angeklagte Schweizer wegen versuchten Todtschlages zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, Frau Prager wegen Anstiftung zum Morde zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurtheilt.

**Lissis, 19. Jan.** Bei der gestrigen Katastrophe auf der Kurbrücke sind 73 Menschen ertrunken, vierzig gerettet. Die Anzahl der Verletzten ist noch nicht ermittelt. Die Verunglückten sind lauter Armenier, von der Geistlichkeit ist niemand verletzt.

### Angekommene Fremde.

**Bosen, 20. Januar.**

Mylius Hotel de Dresse (Kritz Bremer). Ministerial-Direktor Rügler, die Geheimen Ober-Regierungsräthe Haase, v. Wilmowski u. v. Rheinbaben u. Geheimer Finanzrath v. Rheinbaben a. Berlin, Landchaftsrath Wehle a. Blugowo, die Rittergutsbesitzer Landes-Defonomierath Kennemann a. Klenka, Hauptmann Blank a. Muryznowo, Lieutenant Szlagowski a. Rumowo, Se. Durchlaucht Fürst v. Czartoryski a. Wislitz, Graf v. Czarncki a. Kalwiz, Graf v. Potworowski a. Parzenczewo, Graf v. Storzewski a. Komorze, Frau Gräfin v. Boninska mit Tochter u. Bedienung a. Dominowo, Frau Gräfin v. Zoltowska mit Bedienung a. Niechanowo, Frau v. Kalkreuth mit Tochter a. Muchocin, Frau v. Turno mit Tochter a. Slopnowo, Frau v. Lutomska mit Tochter a. Grzybnowo, von Zablocki mit Familie a. Dombrowo v. Zoltowski a. Godorowo, v. Urzug a. Lubiatowo, v. Kurnatowski a. Biezdrowo, v. Morawski a. Jurkowo u. v. Krzyztoporski a. Dobczyn, die Kaufleute Schäler a. Köln, Marx a. Volingen i. Württemberg, Bernstorff u. Berg a. Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Schleginger a. Glogau, Wiener a. Beuthen D.-S., Widasa a. Furt, Schaller a. Chemnitz, Kaltentrunn a. Breslau, Fränkel, Levy, Wienick, Quack, Banner, Junge u. Steller a. Berlin, Kähler a. Glauchau, Engelmann a. Grabow, Gossel a. Hamburg, Fieber a. Wien, Advokat Dr. Poliak a. Wien, Gymnasialdirektor Dr. Dollega u. Frau a. Rogasen, die Rittergutsbesitzer v. Twardowski u. Frau a. Kobylinski, Luther u. Tochter a. Marienrode, Defonomierath Müller a. Gurano, Defan Wasinski a. Turst, die Bröpkie Silberbrandt a. Frauhaft, Yoga a. Wissa, Graf v. Grabowski a. Galtzien.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Kwieleci u. Frau a. Kwidz, Graf Wninski u. Familie a. Cmadowo, Graf Wninski a. Gutowy, Graf Zoltowski a. Czacz, Dr. v. Szuldrzynski u. Sohn a. Lubaj, v. Roscielski a. Szarle, Gräfin Wankowyska a. Winuagora, v. Storzewski u. v. Chlapowski a. Lutynta, v. Chlapowski a. Szoldry, v. Rudnicki a. Salwin, v. Niegolewski a. Niegolewo, v. Palizewski a. Gembic, Graf Potocki a. Galtzien, Gräfin Wniewska u. Familie a. Smogorzewo, v. Moszczanski u. Frau a. Przynicki, v. Stabiewski a. Moszczewo, v. Chelowski a. Starogrod, Graf Szoldrski a. Golembin, Frau v. Szapska u. Familie a. Bardo, Frau v. Niegolewska u. Familie a. Ostrowo, v. Boninski u. Frau a. Roscielec, v. Taczanowski a. Szypkowo, Graf Wniewski a. Kobylepole, die Bröpkie v. Boninski a. Roscielec, Gebanowski a. Neustadt b. P., Wawrzyniak a. Schwimm, Friske a. Szwintewo, Chruszowicz u. Geistlicher Stawowy a. Görden, Marchwinski a. Solce, Labencki a. Breschen, Enn a. Betsche, Zentkeler a. Scharfenort, Kanonikus Tomaszewski a. Tremesin, Frau Przulista u. Familie a. Starowic, Eigenthümer Weclanowski u. Frau a. Vetau, Rechtsanwält Dziel u. Familie a. Breschen.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute Schattenberg a. Charlottenburg, Schaefer, Angers u. Wille a. Berlin, Braun a. Dresden, Otto a. Patzschlau i. Schl., Senger a. Hamburg u. Müller a. Stettin, Fiskalischer Gutsverwalter Heyn a. Konary, Defonomie-Bolontär v. Brzeski a. Ciesle, Gutsbesitzer Witt a. Walbau bei Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Turno mit Dienerschaft a. Objezierze, v. Sczanicki mit Dienerschaft a. Michorzewo v. Jaczynski a. Wisaki, v. Karzewski a. Czarnotti, v. Koslowski a. Plawinet u. v. Turno a. Slopnowo.

Theodor Janus Hotel garni. Die Kaufleute Bernhard und Salomon aus Berlin und Landsberg aus Breslau, Frau Storch aus Schneidemühl u. Frau Wegnerowska a. Bromberg, Straf-

anfalls-Geistlicher Weizner a. Rawittsch, Dr. Szrant a. Binne, die Gutsbesitzer v. Gockowski a. Plonkowo und Guskowski a. Polen, die Pfarrer Jastrzabski a. Wiszowo und Chmielniski aus Sarne.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Bröpkie Urban a. Siekeritz, Regel a. Protoschin, Rymarowicz a. Motronos, Wysocki a. Goltina u. Grulewicz a. Grabie, die Kaufleute Rietich a. Stettin, Siedles a. Glogau, Karstner u. Hanke a. Breslau, Hartig a. Gablons, Oberförster Matecki a. Zaorle, Bevollmächt. Mittowski a. Sielce, Hoflieferant Fröhlich a. Sagan. Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Waldstein, Chagrin, Lewy u. Spiro a. Breslau, Auerbach a. Przedacz, Landek a. Wogrowitz, Rahn a. Eichwege, Bincus a. Grünberg, Breschner u. Breschner u. Frau a. Obornik, Frau Blaszyńska u. Frau Wysocka a. Mietschisto.

### Meteorologische Beobachtungen zu Bosen im Januar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad
19. Nachm. 2	768,5	D leicht	better	- 9,1
19. Abends 9	767,1	ND schwach	better	- 9,6
20. Morgs. 7	766,1	D mäßig	bedeckt	- 10,6

Am 19. Jan. Wärme-Maximum — 8,7° Cel.  
Am 19. „ Wärme-Minimum — 16,5° „

### Wasserstand der Warthe.

Bosen, am	19. Jan.	Morgens	1,62
„	19. „	Mittags <td>1,62</td>	1,62
„	20. „	Morgens <td>1,62</td>	1,62

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Fonds-Kurse.

**Breslau, 19. Jan.** Behauptet. Neue Proz. Reichsanleihe 84,55, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Proz. V-Bandbr. 96,70, Konfol. Türken 18,40, Türk. Loose 69,50, 4proz. ung. Goldrente 92,50, Bresl. Diskontobank 91,50, Breslauer Wechselbank 92,00, Kreditaktien —, Schlei. Bankverein 110,30, Donnersmarkt 81,00, Fildter Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 125,10, Oberschlei. Eisenbahn 58,65, Oberschlei. Portland-Zement 95,50, Schlei. Cement 133,00, Oppeln. Zement 97,75, Schlei. Dampf. C. 133,00, Kramka 118,00, Schlei. Zinkaktien 198,50, Laurahütte 110,75, Verein. Delfabr. 88,90, Desterreich. Banknoten 172,40, Russ. Banknoten 200,00.

**Frankfurt a. M., 19. Jan.** (Schlußkurse). Fest. Lond. Wechsel 20,55, 4proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silberrente 80,50, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Proz. Papierrente 81,00, do. 4proz. Goldrente 95,90, 1860er Loose 124,00, 4proz. ungar. Goldrente 92,60, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Italener 90,70, 1880er Russen 93,30, 3. Orientanl. 63,40, unifiz. Egypter 96,05, lomb. Türken 18,35, 4proz. türk. Anl. 83,00, 3proz. port. Anl. 30,70, 5proz. serb. Rente 85,90, 5proz. amori. Rumänier 98,20, 6proz. loniol. Mexik. 82,00, Böhm. Weich. 297<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Böhm. Nordbahn 162<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Franzosen 253<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Galtzier 181<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Gotthardbahn 138,40, Lombarden 82<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lübeck-Büchen 145,00, Nordwestbahn 183<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Kreditaktien 253<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Darmstädter 122,30, Mittelh. Kredit 99,50, Reichsb. 142,90, Dtsch. Kommandit 177,00, Dresdner Bank 136,50, Pariser Wechsel 80,883, Wiener Wechsel 172,05, serbische Tabakrente 85,00, Bochum. Gußstahl 115,00, Dortmund. Union 59,30, Harpener Bergwerk 149,20, Sbernia 127,10, 4proz. Spanier 63,40, Mainzer 112,80.

Privatdiskont 2 Proz.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 253<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Dtsch.-Kommandit 176,60, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Gotthardbahn —.

\*) per comptant.  
**Hamburg, 10. Jan.** Still.  
Gold in Barren pr. Rilo 2786 Br., 2782 Gd.  
Silber in Barren pr. Rilo 125,25 Br., 124,75 Gd.

**Wien, 19. Jan.** (Schlußkurse.) Bevorstehende Ankunft Besterles stimulirte, Bankpapiere, Renten und Nordbahnaktien wesentlich höher, Lombarden schwach, schließlich auf Berlin vorübergehend matter.

Dester 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Proz. Papier. 93,95, do. 5proz. 103,00, do. Silber 93,50, do. Goldrente 111,00, 4proz. ungar. Goldrente 107,40, do. Papierrent 102,55, Länderbauk 209,25, österr. Kreditaktien 295,87<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, ungar. Kreditaktien 334,25 Wien. W.-B. 111,00, Elbethalbahn 230,50, Galtzier 210,75, Lemberg-Czernowitz 245,00, Lombarden 93,00, Nordwestbahn 214,00, Tabakaktien 165,50, Napoleons 9,38, Mark. noten 58,05, Russ. Banknoten 1,15<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Silbercoupons 100,00.

Desterreich-ungar. Bankaktien 1046.  
**Buenos-Ayres, 18. Jan.** Goldagio 284,00.

**Rio de Janeiro, 18. Jan.** Wechsel auf London 12<sup>1</sup>/<sub>16</sub>.

#### Produkten-Kurse.

**Königsberg, 19. Jan.** Getreidemarkt. Weizen beachtet, Roggen unverändert, loco per 2000 Pfd. Zollgew. 212,00. Gerste und Hafer unverändert, loco p. 2000 Pfd. Zollgewicht 154,00. Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgew. unverändert. Spiritus p. 100 Liter 100 Proz. loco 66, p. Jan. 66 p. Febr. 66. — Wetter: Frost.  
**Danzig, 19. Jan.** Getreidemarkt. Weizen loco flau. Umsatz 100 To., Weizen bunt und hellfarbig —, do. hellbunt 212 bis 217, do. hochbunt u. glaskig 220—223, p. Jan.-Febr. Transit —, p. Juni-Juli Transit 186. Roggen loco geschäftslos, inländ. p. 120 Pfd. —, do. polnischer oder russischer Trans. —, do. v. April-Mai p. 120 Pfd. Transl. 183,00. Gerste große loco —, Gerste kleine loco 165. Hafer loco 146. Erbsen loco —, Spiritus p. 10 000 Lit.-Proz. loco kontingentirt 66,00, nichtkontingentirt 46,00. — Wetter: Schön, kalt.

**Wien, 19. Jan.** Getreidemarkt. Weizen fleißiger loco 23,00, do. fremder loco 24,00, p. Mai 21,40, p. Mai 21,40. Roggen fleißiger loco 23,00, fremder loco 24,75, p. März 22,40, per Mai 22,50. Hafer fleißiger loco 15,25, fremder —, Rübbi loco 64,00, p. Mai 60,40, p. Oktober 58,90. — Wetter: Schön.

**Bremen, 19. Jan.** (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins, 5proz. Nordd. W.-Kammerer- und Kammerger- u. Spinnerer-Aktien 128<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Gd., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 101<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez.)

**Bremen, 19. Jan.** (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fass-30 Liter. Feiter. Loco 6,80 Br.

Baumwolle. Stettin. Upland middl., loco 39 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Jan. 38<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., Febr. 38<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., März 38<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., April 38<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., Mai 39<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., Juni 39<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf.

Schmalz. Höher. Wilcox — Pf., Armour 34<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., Roße — Pf., Fairbanks 32 Pf.

Wolle. 149 Ballen Cap, 51 Ballen Natal, 53 Ballen Buenos-Ayres, 17 Ballen Austral.

Speck short clear middl. Höher. 32<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.  
**Hamburg, 19. Jan.** Getreidemarkt. Weizen loco rub., holsteiner loco neuer 218—228. — Roggen loco rubig, medlenb. loco neuer 218—247, russ. loco rubig, neuer 192—198 nom. Hafer und Gerste rubig. Rübbi (unverz.) rubig, loco 61,00. — Spiritus still, per Jan. 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., p. Jan.-Febr. 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., per April-Mai 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., per Mai-Juni 38 Br. — Kaffee fest. Umsatz 2500 Sad. Petroleum fest. Standard white loco 6,30 Br., p. Jan.-März 6,25 Br. — Wetter: Frachtvoll.

